

Brigitte Young

Asynchronitäten der deutsch-deutschen Frauenbewegung¹

1. »Frauen sind die Verliererinnen der Deutschen Einheit«

Dieser Slogan ist nicht nur in feministischen Kreisen zu hören, er hat auch Eingang in die Untersuchungen von männlichen Wissenschaftlern gefunden.² Es verbergen sich hinter dieser Formel jedoch unterschiedliche Wahrnehmungen. Während Feministinnen nicht nur Alarm im vereinten Deutschland schlagen, sondern einen vergleichbaren Abschließungsprozeß gegenüber Frauen in der Politik und der Ökonomie auch in Osteuropa wahrnehmen,³ benutzen männliche Wissenschaftler diese Formel, um einerseits eine neue wissenschaftliche Sensibilität gegenüber Frauen zu zeigen, andererseits um sich nicht mit der in Wirklichkeit skandalösen Formierung einer neuen patriarchalen Geschlechterordnung im Transformationsprozeß der ehemals realsozialistischen Staaten auseinandersetzen zu müssen. Dieser Slogan nämlich, so Irene Dölling, verbannt eine dynamisierte, verunsichernde und angstmachende Realität in eine einfache Denkschablone, in »ein kulturelles Wahrnehmungs- und Deutungsmuster, nach dem Macht und Ohnmacht, Täter und Opfer jeweils an einem - männlichen bzw. weiblichen - Pol fixiert sind« (Dölling 1993, 2).

Den Slogan »Frauen sind die Verliererinnen der deutschen Einheit« zu hinterfragen, soll nicht heißen, daß die materiellen und psychologischen Einbußen der Ost-Frauen (und zunehmend auch der West-Frauen) seit der

-
- 1 Dieser Beitrag wurde durch eine Reihe von Gesprächen mit Margit Mayer, Christine Kulke, Sabine Lang und Birgit Sauer angeregt, denen ich an dieser Stelle herzlich danke.
 - 2 Es ist bemerkenswert, daß trotz einer Vielzahl von Büchern deutscher sowie anglo-amerikanischer Wissenschaftler sich kein einziges Buch mit dem sich neu-konstituierenden Geschlechterverhältnis im vereinten Deutschland auseinandersetzt. In fast allen Publikationen wird aber pro forma die Diskussion über den § 218 und die geschlechtsspezifische Arbeitslosigkeit erwähnt, ohne diese Thematik theoretisch als immanenten Teil der Einheit und nicht nur als Randerscheinung wahrzunehmen.
 - 3 Barbara Einhorn greift diesen Abschließungsprozeß mit der rhetorischen Frage »Where Have all the Women Gone?« (Einhorn 1991) auf.

Vereinigung nicht erheblich sind.⁴ Allein der Frauenanteil an den Arbeitskräften der ehemaligen DDR ist auf 32% gegenüber 49% vor der Wende und 41% in der alten Bundesrepublik gesunken (*Der Spiegel* 39/1993,51). Im Oktober 1991 betrug der Anteil der arbeitslos gemeldeten Frauen 61,2% aller ostdeutschen Arbeitslosen (DIW 1991, 7). In der Zwischenzeit stellen Frauen gut 65% aller Arbeitslosen, alleinerziehende Mütter 20% der Sozialhilfeempfänger, und in Brandenburg hat bereits jede zweite Alleinerziehende keine Arbeit mehr (*Der Spiegel* 38/1993).

Frauen haben auf diese ökonomischen Einschnitte, die auch ihre soziale und psychologische Welt tangieren, auf eine in der deutschen Geschichte einzigartige Weise reagiert. Zum einen ließen sich junge Frauen massenhaft sterilisieren und fügten die Bescheinigung des Eingriffs der Stellenbewerbung bei (*Frankfurter Rundschau* 1992). Die Jobs, für die diese Frauen sich sterilisieren ließen, waren keineswegs Prestigepositionen; betroffen waren vor allem Putzfrauen und generell Arbeiterfrauen, die erfahren mußten, daß die unter sozialistischen wie auch kapitalistischen Bedingungen als »Frauenberufe« geltenden Stellen nun von arbeitssuchenden Männern reklamiert wurden (Beer 1993). Andererseits haben Frauen auf die von Monat zu Monat sich verschlechternden Zukunftsaussichten mit einer drastischen Senkung der Geburtenrate um 65% seit 1989 reagiert, eine Senkung die nicht einmal in den schwärzesten Zeiten des ersten und zweiten Weltkriegs registriert wurde. Gleichzeitig hat sich auch die Heirats- und Scheidungsrate um 65 bzw. 80% reduziert (*Die Zeit*, 10.9. 1993). Ob dies eine Reaktion auf den Schock ist oder einem »Frauenboykott« gleichkommt, steht im Moment offen.

Der Vereinigungsprozeß hat sich zwar ausschlaggebend negativ auf Frauen im Osten ausgewirkt, die Folgen sind aber auch im Westen erkennbar: Nicht nur haben die Milliarden von Transferzahlungen an den Osten, sondern auch der kürzlich verhandelte Solidarpakt zwischen Bund und Ländern zu einem Abbau von über 23 Milliarden DM beim Erziehungsgeld, beim Wohngeld, bei der Hilfe für Arbeitslose, bei Asylbewerbern und bei der Sozialhilfe im Westen geführt (Schneider 1993).⁵ Die am 1. Januar 1994 in Kraft getretenen Gesetzesregelungen, die die Erhöhung der Sozialhilfe für die nächsten zwei Jahre auf zwei Prozent begrenzen - bei der derzeitigen Inflationsrate real eine Kürzung von 3,6% - und Einschnitte bis zu

4 Die Literatur, die sich mit den ökonomischen, politischen, psychologischen und soziokulturellen Folgen der Vereinigung für Frauen in beiden Teilen Deutschlands auseinandersetzt, ist inzwischen enorm angewachsen. Zu weiteren Literaturhinweisen siehe die Bibliographie am Ende dieses Textes.

5 Ulrich Schneider, Sprecher der Nationalen Armutskonferenz, notierte daß noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik ein härteres Ausgrenzungsprogramm verhandelt wurde (Schneider 1993).

6,3% bei Arbeitslosen vorsehen, greifen überproportional in die Taschen der Frauen (*Der Spiegel* 52/1983; *The New York Times*, 26.12.1993).

Die ökonomischen Umverteilungskämpfe haben aber auch Spannungen unter hochqualifizierten Westfrauen ausgelöst. Viele arbeitslose Akademikerinnen mußten nämlich tatenlos zusehen, wie ihre Westkollegen auf abgesicherte Eckprofessuren (C-4) an ostdeutsche Universitäten berufen wurden, ohne an diesem »window of opportunity« teilnehmen zu können. Beispielsweise wurden von der Berliner Humboldt-Universität 54 Eckprofessuren ausgeschrieben, um die neuen Institute für Philosophie, Geschichte, Jura, Ökonomie, Erziehungswissenschaft und Soziologie/Politische Wissenschaft auszustatten. Unter den Neuberufungen waren nur vier Frauen (zwei in Erziehungswissenschaft, eine in Jura und eine in Geschichte), vorher hatten 15 Frauen in diesen nun »abgewickelten« Instituten Lebenszeitprofessuren inne (Young 1993).⁶

Trotz einer Fülle von Datenmaterial, welches »Frauen zu Verliererinnen der deutschen Vereinigung« deklariert, führt gerade diese Behauptung zu einer Mythologisierung und zu einer fixierten historischen Konstruktion von Geschlechterverhältnissen: der Mann gilt als das historische Subjekt und die Frau als das Opfer struktureller und direkter Männergewalt. Dadurch steht Irene Dölling zufolge das Ergebnis fest:

»Frauen sind die Verliererinnen - und diese Formulierung bestätigt und reproduziert, was Frauen laut Geschlechterarrangement in unserer Kultur sein sollen: Wesen in der zweiten Reihe, über die und für die andere entscheiden« (Dölling 1993, 1).

Dieser diskursiven Konstruktion liegt ferner die Annahme zugrunde, daß die Berufs- und Lebenswelt von Frauen vor 1989 eine »goldene Vergangenheit« war, und daß mit der Vereinigung ein Bruch entstanden ist, nach dem Frauen nur noch als Opfer erscheinen. Dieser Mythos bringt m.E. bedenkliche theoretische wie praktische Konsequenzen mit sich. Frauen im historischen Moment der Vereinigung nur als Objekt männlicher Herrschaftsstrukturen zu konzipieren, leistet, wie Silvia Kontos nachweist, einer der wirksamsten Herrschaftsstrategien Vorschub, nämlich die Präsenz der Frauen und Fraueninteressen unsichtbar zu machen (Kontos 1993, 11). Frauen sind aber »Akteurinnen mit historisch nicht ausgeschöpften Einflußmöglichkeiten. Gesellschaft und Staat mögen das negieren, das Faktum bleibt dennoch« (Becker-Schmidt, 1992, 76).

Das weibliche Geschlecht nur als Opfer männlicher Macht zu sehen, bedeutet auch, daß weder Ost- noch Westfrauen ihre Handlungsstrategien, Alltagspraktiken, Lebenshaltungen und Identitäten in Frage stellen müssen.

6 Die niedrige Einstellungsquote von Akademikerinnen ist kein Sonderfall der Humboldt-Universität, sondern findet sich an allen ostdeutschen Universitäten.

Dabei wird der Blick dafür verstellt, inwiefern die unterschiedlichen Handlungsstrategien von ost- und westdeutschen Frauen einerseits kohärent und andererseits komplementär gegenüber den im Umbruch befindlichen politischen und ökonomischen Strukturen der Bundesrepublik waren.

Und schließlich führt die Formel von »den Frauen als den Verliererinnen der deutschen Einheit« zur Resignation und zum politischen »disempowerment«. Wenn Ost-Frauen trotz ihrer Mobilisierung am Runden Tisch, der Gründung des Unabhängigen Frauenverbandes im Dezember 1989 und ihrer Vertretung im Kabinett von Hans Modrow sowie zahlreicher Frauenprojekte auf lokaler und regionaler Ebene⁷ keinen nennenswerten politischen Einfluß geltend machen konnten, so sollte diese politische Niederlage nicht zu einem Rückzug in die Privatsphäre führen, sondern es ist gerade in diesem historischen Moment angebracht, darüber nachzudenken was »schief« gelaufen ist.

Mit dem vorliegenden Aufsatz möchte ich eine Diskussion über die Ursachen der negativen Auswirkungen der deutschen Vereinigung auf Frauen beginnen - eine Diskussion deshalb, weil es wenige theoretische Ansatzpunkte für eine feministische Gesellschaftsanalyse gibt.⁸ Es ist m.E. besonders fatal, bei der Aufklärung des »Vereinigungsdesasters« mittels der Simplifizierung komplexer historischer Konstituierungsprozesse von Geschlechterverhältnissen die »Schuld« jeweils auf die »Schwestern« hüben oder drüben zu schieben. Ulrike Helwerth beschreibt diese Vorurteile folgendermaßen: »Westfrauen sind arrogant, wissen alles besser, sind kinder- und männerfeindlich, dogmatisch und intolerant. Ostfrauen sind angepaßt, biedere Muttis, männerfixiert und kein bißchen radikal« (Helwerth 1992). Es ist aber auch nicht ausreichend, die Begründung des »disempowerment« der Frauen im Vereinigungsprozeß auf die »administrative patriarchalische Gleichberechtigungspolitik der SED-Regierung« (Nickel 1992) zurückzuführen, sie in einer gesamtdeutschen patriarchalen Gesellschaftsordnung zu suchen (Gerhard 1991/1992), oder sie in den psychischen und mentalen Persönlichkeitsstrukturen von Frauen zu verorten (Dölling 1990). Weder sind die Ursachen im westdeutschen Rechtswesen, das der Vereinigung zugrunde lag (Berghahn 1993) noch in der »gendered Mutti-Politik« des DDR-Staates allein zu suchen (Marx Ferree 1993).

Während viele dieser Analysen wichtige Faktoren benennen, die die Handlungsstrategien der Frauen im Vereinigungsprozeß auf unterschiedliche Weise beeinflussten, bleibt der gesellschaftliche und historische Kontext, in dem sich die Vereinigung abspielte, unberücksichtigt. Die Bundesrepublik

7 Vgl. z.B. Schwarz und Zenner 1990; Kahlau 1990 und Argument-Verlag Extra 1990.

8 Siehe z.B. die Kritik von Jenson 1986 und Ruddick 1992 zur »Geschlechterblindheit« der linken Gesellschaftswissenschaftler.

war gleichzeitung zwei Transformationsprozessen ausgesetzt: der Vereinigung auf nationaler Ebene und den globalen ökonomischen Tendenzen im internationalen Bereich.⁹

Ich vermute nämlich, daß die negativen Auswirkungen der deutschen Vereinigung auf Frauen auf zwei verfehlte Synchronisierungsprozesse zurückzuführen sind. Alison Lewis (1993) wies in ihrer Studie nach, daß die getrennten Entwicklungen der ost- und westdeutschen Frauenbewegungen über 40 Jahre hindurch unterschiedliche feministische Identitäten erzeugt haben, die in der Vereinigung kollidierten und den Aufbau einer »gemeinsamen Front« gegen das hegemoniale Vereinigungsprojekt verhinderten. Ich möchte diese verfehlte Synchronisierung der deutsch-deutschen Frauenbewegung noch durch eine zusätzliche Nicht-Synchronisierung der im Umbruch befindlichen politischen und ökonomischen Institutionen mit den praktizierten Handlungsstrategien von Frauen ergänzen. Es ist nämlich nicht auszuschließen, daß die Handlungsstrategien der westdeutschen autonomen Frauenbewegung und die mehr staatsbezogenen Strategien der ostdeutschen Frauenbewegung dem Umbruch von fordistischen zu post-fordistischen Institutionen zuwider liefen. - Im Weiteren werde ich diese zwei verfehlten Synchronisierungsprozesse im einzelnen ausführen.

2. Divergenzen zwischen den ost- und westdeutschen Frauenbewegungen

Von der Aufbruchseuphorie von frauenbewegten Frauen und ihrer »fröhlichen Revolution mit politischer Konsequenz« (UVF-Programm 1990) im Herbst 1989 blieben nach der Vereinigung nur die deutsch-deutsche Fremdheit und Kommunikationsschwierigkeiten. Trotz der gemeinsamen Sprache, behauptet Hildegard Maria Nickel, verstanden sich die »Schwestern« nicht.

»Das Benutzen gleicher Worte verschleiert die Andersartigkeit der Zusammenhänge, unterschiedliche (Be)-Deutungen, die Verschiedenheit der Erfahrungs- und Wissenshintergründe. Ost-Frauen und West-Frauen haben keine gemeinsame jüngere Geschichte, sie kennen sich nicht« (Nickel 1992, 40f.).

Das Unverständnis der Schwestern trotz Benutzung der gleichen Sprache zeigt, daß Wörter an sich keine Bedeutung haben. Sprache kann nur als Repräsentationssystem verstanden werden, durch das Bedeutung konstruiert wird und kulturelle Erfahrungen organisiert werden. Sprache, so Joan Scott, ist nichts anderes als der Ausgangspunkt eines sozialen Prozesses,

9 Siehe z.B. Jessop/Nielsen/Kastendiek/Pedersen 1991; sowie auch Demirovic/Krebs/Sablowski 1992.

der uns lehrt, wie Bedeutungen entstehen und wie sie sich verändern (Scott 1990).¹⁰

Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, wenn die ersten gemeinsamen Treffen zwischen Ost- und Westfrauen in aller Schärfe »das Anderssein der jeweils Anderen« (Schenk/Schindler 1993) zum Vorschein brachten. Während die gemeinsame Sprache zunächst eine Vertrautheit und Übereinstimmung suggerierte, folgte bald darauf Enttäuschung und ein Gefühl gegenseitigen Fremdseins. Ost- und Westfrauen waren kein Volk von Schwestern (Nickel 1992), sondern es kollidierten unterschiedliche Ost- und Westidentitäten, die die Handlungsperspektiven und -strategien von Frauen im Vereinigungsprozeß bedingten und Ausdruck in zwei verschiedenen Frauenbewegungen fanden.

Worauf beruht die gegenseitige Fremdheit? Die durch 40 Jahre getrennte Frauengeschichte, geprägt durch unterschiedliche Lebensentwürfe und Lebensgeschichten, bedeutet, daß Ost- und Westfrauen verschiedene und auch gegensätzliche Identitäten mit in die Vereinigung brachten. Frigga Haug (1990) spricht von der »Ungleichzeitigkeit« in den beiden Bewegungen. Um diese »Ungleichzeitigkeit« in Bezug auf Ostfrauen zu erfassen, schlägt Irene Dölling vor, Identitätsformung und Handlungsstrategien von DDR-Frauen im »Spannungsverhältnis zwischen eigener Geschichte (Identität), aktuellen ostdeutschen Realitäten und Dynamiken des Transformationsprozesses« zu verstehen (Dölling 1993). So sieht sie eine eigentümliche Ambivalenz - und zwar bei Frauen quer durch alle sozialen Schichten - in den Lebenshaltungen, Alltagspraktiken und Identitäten von DDR-Frauen, die in ihrem Selbstverständnis von traditionellen *und* modernen Aspekten der Gesellschaft geprägt waren. Einerseits drückte sich die Ambivalenz

»in einem Selbstbewußtsein, das sich auf Erfahrungen in der Berufsarbeit und das Management von ganztägiger Erwerbsarbeit und Kindererziehung/Hausarbeit gründete, und andererseits einer auffallend unreflektierten Akzeptanz traditionaler Geschlechterordnung bzw. einer Unempfindlichkeit für die 'Geschlechter- oder Frauenfrage'« aus (Dölling 1993, 4).¹¹

Die massenhafte Einbeziehung von Ostfrauen in das Berufsleben (91,1% aller Frauen waren berufstätig, 87% haben eine abgeschlossene Berufsausbildung), der hohe Vergesellschaftungsgrad in der Kinderbetreuung (der Versorgungsgrad an Kinderkrippen lag bei 81%, der an Kindergärten bei 100%), die umfangreichen »frauenfreundlichen« sozialpolitischen Maßnahmen, das Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch innerhalb des ersten Trimesters und die rechtliche Gleichstellung der Ostfrauen resultierten

10 Eine interessante Arbeit, die noch geschrieben werden muß, wäre eine feministische post-strukturalistische Dekonstruktion der ost- und westdeutschen Sprachsysteme.

11 Diese Position ist kontrovers und wird nicht von allen frauenbewegten Ostfrauen geteilt, siehe z.B. Schenk/Schindler (1993).

in einem im Vergleich zu ihren westlichen Schwestern hohen Maß an ökonomischer Selbständigkeit, einem ausgeprägten Selbstbewußtsein, in Sachkompetenz und Souveränität (Schäfer 1990, 275). Die formale Gleichberechtigung und das sozialpolitische Modell ermöglichten die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Beruf und vermittelten das Bild, die Frauenfrage sei in der DDR gelöst.

Diese administrative Gleichberechtigungspolitik, »die staatlich verordnet und für - nicht durch - Frauen gemacht wurde« (Böhm 1992, 30), verschleierte die existierenden Macht- und Herrschaftsstrukturen. Die Hauptverantwortung für Familie, Beziehungsarbeit und für Reproduktion lag nach wie vor bei den Frauen. Das Resultat, so Tatjana Böhm, war nicht nur, daß Frauen vorrangig als Objekte staatlicher Verregelung betrachtet wurden, sondern daß sie sich ihrer realen Benachteiligung oft nicht bewußt waren. Somit konnte sich in der DDR nur sehr schwer ein kritisches Bewußtsein in Bezug auf die Geschlechterfrage entwickeln:

»Gleichberechtigung in der DDR war eine Gleichberechtigung ohne Emanzipation, denn Emanzipation stellt immer Herrschaftstrukturen in Frage« (Böhm 1992, 31).

Diese ambivalenten Aspekte der Identitäten von Ostfrauen spiegelten sich im Manifest zur Gründung des »Unabhängigen Frauenverbandes« wider und brachten zugleich die »Ungleichzeitigkeit« der Ost- und Westbewegungen zum Ausdruck. Während das Manifest auf der einen Seite Forderungen zur Lösung der Frauenfrage in einem demokratischen DDR-Staat konzipierte, reduzierten die Autorinnen die Frauenfrage auf der anderen Seite weitgehend auf die Mütterfrage.¹² So forderten sie eine Überprüfung der »männlichen« Leistungskriterien, die sich nur mit der Angleichung der Löhne befaßten, und verlangten statt dessen die materielle Aufwertung der Erziehungsarbeit: Herabsetzung des Rentenalters, Heraufsetzung des Urlaubs für Eltern und Umwandlung des Kindergeldes in ein Erziehungsgeld (Merkel 1990, 260). Problematisch an dieser Forderung ist nicht nur, daß sie nahe an das Wahlprogramm der CDU heranreicht, sondern vor allem, daß die befreienden Möglichkeiten kürzerer Arbeitszeit für Frauen die »gesellschaftlichen Strukturen, in deren Fundament Frauenunterdrückung eingegossen ist«, in keiner Weise in Frage stellen (Haug 1990, 263). Die Frauenfrage wird somit nicht als eine Systemfrage begriffen, sondern wird auf die Behandlung von Müttern und Kindern reduziert. In diesen Formulierungen verbergen sich die Ambivalenzen und Brüche der Biografien ostdeutscher Frauen. Ostfrauen sind nach Irene Dölling

»zugleich in einer Abhängigkeit von 'Vater Staat' befangen, die ihnen in der Regel - wie andere Abhängigkeiten auch - nicht bewußt ist und der sie sogar zustimmen« (Dölling 1990, 411).

12 Siehe UFV-Manifest und die Kritik von Frigga Haug in *Das Argument* 1990, 180.

Diese identitätsprägende Erfahrung mit einer Politik von »oben« und der institutionalisierten Politik als entscheidender Kraft der Gestaltung der Gesellschaft (Schenk/Schindler 1990) prallte nach der »Wende« mit der Erfahrung von autonomen West-Frauen zusammen. Die neue Frauenbewegung der 70er Jahre, die sich gegen die männlich dominierte Studentenbewegung und die ihr nachfolgende »Neue Linke« formiert hatte, vertraute lieber der Kraft »von unten« und wahrte kritische Distanz gegenüber offizieller Partei- und Parlamentspolitik (Frevert 1986, 280).

Das Bestreben nach Autonomie markierte das Neue an der Frauenbewegung, und sie verkörperte ein Doppeltes: »Zunächst meint Autonomie der Frauenbewegung ihre Selbstorganisation, Separierung von der männerdominierten Linken und Männern überhaupt. Darüberhinaus bezieht sie sich auf das Verhältnis der Bewegung zum Staat und seinen Institutionen, die als patriarchalische und systemstabilisierende erkannt und abgelehnt werden« (Gerhard 1992, 43). In dieser radikalen Forderung nach Selbstbestimmung kam ein neues Organisations- und Politikverständnis an den Tag: Frauen wollten nicht nur Gleichberechtigung, sie forderten Selbstbestimmung (Kulawik 1991/1992, 72).

Die »Ungleichzeitigkeit« der beiden Frauenbewegungen, die sich in der unterschiedlichen Wahrnehmung der Frauenfrage ausdrückte, führte zu Mißverständnissen und Mißtrauen und verhinderte den Aufbau einer »gemeinsamen Front« gegen das von Männern dominierte Vereinigungsprojekt. Ost- und Westfrauen konnten sich über das Verhältnis gegenüber den staatlichen Strukturen und den Männern, sowie über die Begriffe des Feminismus und der Gleichheit nicht einvernehmlich verständigen.

Ostfrauen, geprägt von einer kommunistischen Arbeiterbewegung, fanden spontan zu der einheitlichen, überregionalen Organisationsform des Unabhängigen Frauenverbandes. Sie vereinten die differenzierten Strömungen des Westens in einer Organisation. Nicht nur vertrat der UFV die Projekt- und Selbsterfahrungsbewegung, er fungierte auch als politisch-parlamentarische Kraft (Schäfer 1990, 28). Vertreterinnen des UFV setzten ihre Teilnahme in allen Arbeitssausschüssen des zentralen Runden Tisches durch und brachten ihre Vorstellungen für neue Wirtschaftskonzepte und die Bildungsreform in das neue Wahlgesetz und in das Gesetz zur Parteien- und Vereinsbildung ein (Schäfer 1990, 279).

Dieser Hinweis auf den »Organisationsfetischismus« (Eifler 1992, 36) von Ostfrauen soll nicht als Kritik verstanden werden. Im Gegenteil, der Mangel an westdeutschen feministischen Institutionen mit politischem Anspruch war, wie Christina Schenk und Christiane Schindler (1993) bemängeln, ein Faktor, der eine Kooperation zwischen Ost- und Westfrauen in

der Umbruchsphase verhinderte.¹³ Aber gerade diese Unterschiede zeigen, daß das gegenseitige Mißtrauen auf tiefen strukturellen Ungleichheiten basiert, die durch systembedingte Lebenserfahrungen entstanden sind.

Besonders deutlich lassen sich diese Ungleichheiten der Frauenbewegungen an der Gleichstellungspolitik nachweisen. Im Unterschied zur autonomen politischen Kultur der Westfrauen, die sich erst Mitte der achtziger Jahre den traditionellen Politikfeldern der Parteien, Gewerkschaften und Verbänden öffnete und erst seit dieser Zeit die Gleichstellung von Frauen durch Frauenbeauftragte auf staatlicher Ebene befürwortete (Kontos 1992), forderten Ostfrauen bereits in einer ihrer ersten Sitzungen am zentralen Runden Tisch die Etablierung von Gleichstellungsbeauftragten in jeder Stadt mit mehr als 10,000 Einwohnern. Ost- und Westfrauen vertraten aber unterschiedliche Auffassungen zur Bedeutung und den Zielen von Gleichstellungspolitik. Allein die unterschiedlichen Bezeichnungen, »Gleichstellungsbeauftragte« im Osten und »Frauenbeauftragte« im Westen, verweisen auf die gravierenden Divergenzen der deutsch-deutschen Frauenpolitik. Westdeutsche Frauenbeauftragte sehen sich als Repräsentantinnen von Fraueninteressen. Ostfrauen betonen dagegen die Aufhebung der geschlechtlichen Arbeitsteilung im Berufs- und Familienleben, die aber eine Veränderung der Männer miteinschließt (Ferree 1991/1992). Sie verstehen die Frauenfrage als ein gesamtgesellschaftliches Problem und fordern gleichzeitig die »Autonomie von Männern, verbunden mit einer kooperativen Zusammenarbeit mit diesen« (Schäfer 1990, 279).

Im Vergleich zur westlichen Konzeption des Feminismus, die auf Selbstbestimmung und Separierung von Männern beruht, setzt das Feminismusverständnis bei den östlichen Schwestern zwar explizit bei den Frauen an, es richtet sich aber »im menscheitskulturellen Sinne übergreifend auf die ganze Gesellschaft« (ebd., 29). Denn, wie das Programm des Unabhängigen Frauenverbandes erklärt, »...wenn Männer im Zuge des Emanzipationsbestrebens Privilegien aufgeben müssen, so werden sie als *Menschen*¹⁴ profitieren« (UFV, 15).

Alison Lewis sieht die Wurzeln dieser Solidarisierungskampagne von ostdeutschen Frauen mit Männern in der Erfahrung mit der staatlich verordneten, sozialistischen Arbeiterklassensolidarität (Lewis 1993). Klassensolidarität ist per Definition geschlechtsneutral und jegliches Bündnis von Frauen mit Frauen gegen Männer wurde in der DDR als klassenfeindlich deklariert. In Anbetracht dieser Systemerfahrung ist es wiederum ver-

13 Während Ostfrauen sich zunehmend kritisch mit den Brüchen in ihrer Identität befassen, fehlt auf westdeutscher Ebene eine ähnlich kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte.

14 Hervorhebung im Original.

ständig, warum Ostfrauen eine gesellschaftliche Veränderung nur *mit* Männern denken können. Daß diese Vorstellung auf westdeutsches Unverständnis stößt, geht auf die Erfahrung der westdeutschen Feministinnen mit der linken Studentenbewegung von 1968 zurück. Frauen definierten ihren Standpunkt quer zu männlichen politischen und klassenspezifischen Frontlinien und sahen den Klassengegensatz nicht nur zwischen der Arbeiter- und der Kapitalistenklasse. Der Berliner Aktionsrat beispielsweise forderte 1968, daß der Klassenkampf »auch in die Ehe« getragen werden müsse (Frevert 1986, 277). Somit verabschiedeten sich westdeutsche Frauen vom Klassenkampf und eroberten neues Terrain im Geschlechterkampf. Ostfrauen dagegen sahen den Geschlechterkampf durch das Prisma des Klassenkampfes. Daß die unterschiedlichen Voraussetzungen zu keiner gemeinsamen feministischen Ost-West-Politik in der Vereinigung führten, ist nicht die »Schuld« einzelner Frauen sondern das Resultat historischer Konstellationen.

3. Feministische Handlungsstrategien im Postfordismus

Während die unterschiedlichen Identitäten der Ost- und Westfrauen die Handlungsperspektiven und -strategien der Akteurinnen im Vereinigungsprozeß bedingten und eine gemeinsame feministische »Front« dadurch blockierten, möchte ich noch eine weitere Erklärung für das »disempowerment« der Frauen anführen. Ich vermute nämlich, daß weder die autonomen Handlungsstrategien der Westfrauen noch die mehr staatsbezogenen Strategien der Ostfrauen den im Umbruch befindlichen bundesrepublikanischen politischen und ökonomischen Strukturen entsprachen. Für Feministinnen stellt sich die Frage, ob ihre gesellschaftstheoretischen Positionen ihren politischen Maßnahmen entsprechen und ob ihre Handlungsstrategien als Instrumente zur politischen »Einmischung« taugen. Ich werde die Divergenzen zwischen gesellschaftlichen Strukturen und feministischen Handlungsstrategien am Beispiel der Aushöhlung des Keynesianischen Wohlfahrtsstaates aufzeigen.

Wie bereits erwähnt, hat sich die westdeutsche autonome Frauenbewegung durchaus veränderungswillig und -fähig gezeigt. Starteten feministische Akteurinnen in ihrer ersten Phase zu Beginn der siebziger Jahre mit unbezahlten Projektarbeiten, folgte in den achtziger Jahren ein Professionalisierungsprozeß, der eine Absage an die unbezahlte Projektarbeit und damit die Anerkennung der Notwendigkeit, sich das politische und verwaltungstechnische Handwerkszeug zur öffentlichen Finanzierung von Projekten anzueignen, beinhaltete. Dieser Professionalisierungsprozeß erfuhr Mitte der achtziger Jahre durch die knapper werdenden staatlichen Ressourcen

und die zunehmenden Verteilungskämpfe im Bereich der Sozialpolitik eine qualitative Verschiebung hin zur Forderung nach staatlicher Gleichstellungspolitik (Kontos 1992).

Die allmähliche Verkopplung des Anspruch auf Autonomie mit der Fähigkeit, sich in die praktische Politik einzumischen, hat im Gefolge der Veränderungen der in der globalen Ökonomie einsetzenden neokonservativen Wende der achtziger Jahre die Widersprüche dieser Frauenpolitik offengelegt. Die mannigfaltigen Veränderungen der globalen Ökonomie, die ich hier nur stichwortartig benennen kann, haben eine tendenzielle Neuorientierung der wichtigsten ökonomischen Funktionen des Staates hervorgerufen.¹⁵

Ausschlaggebend für unsere Diskussion ist hier die Neuorientierung im Übergang von einem fordistischen, keynesianischen Wohlfahrtsstaat zu einem postfordistischen, schumpeterianischen Leistungsstaat (Jessop 1992). Während der Fordismus mit Nachfragesteuerung in nationalen Ökonomien und mit der Vergesellschaftung von Normen des Massenkonsums in Verbindung gebracht wird, weist Jessop darauf hin, daß »die Kombination des spätfordistischen Trends zur Internationalisierung und der post-fordistische Nachdruck auf flexible Produktion viele Staaten darin bestärkt, sich auf angebotsseitige Probleme der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu konzentrieren und zu versuchen, Sozialpolitik den Anforderungen der Flexibilität unterzuordnen« (Jessop 1992, 249). Mit anderen Worten, die angebotsorientierte staatliche Intervention zur Unterstützung von Innovationen beschränkt sich nicht auf wohlfahrtsstaatliche Kürzungen oder Umstrukturierungen von Sozialleistungen. Es geht auch nicht nur darum, körperlich fähige Empfänger von Sozialleistungen zur Arbeit zu verpflichten. Vor allem geht es um eine Neuorientierung staatlicher Sozialpolitik, die den Erfordernissen flexibler Arbeitsmärkte und struktureller Konkurrenzfähigkeit entspricht und sich an den Kriterien der Marktkräfte orientiert.

Diese Reorientierung des Sozialstaats hat paradoxe Folgen für Frauen. Während der keynesianische Wohlfahrtsstaat die makroökonomischen Bedingungen schuf, um die traditionell weiblichen Betreuungsarbeiten staatlich zu regeln und Frauen im expandierenden Sozialstaat als Kindergärtnerinnen, Sozialarbeiterinnen, Krankenschwestern usw. anzuheuern (Hagen/Jenson 1988), bedeutet die Neuorientierung hin zu einem schumpeterianischen Leistungsstaat, daß viele staatliche Dienstleistungen in Zukunft über den Markt erworben werden müssen. Dies wird zu einer Reihe von Massenentlassungen von Frauen führen, die »Feminisierung der Armut« durch

15 Siehe Demirovic/Krebs/Sabloski 1992.

den Abbau der Sozialleistungen vorantreiben und die zunehmende Entwertung der Familien- und Versorgungsarbeit bestärken.

Andererseits repräsentierten die keynesianischen Dienstleistungspositionen kein »goldenes Zeitalter« für Frauen. Frauen wurden auf untersten Rängen, d.h. mit niedrigem Qualifizierungsniveau und -potential angeworben, sie erhielten niedrige Löhne und hatten beruflich kaum Chancen, in höhere Positionen aufzusteigen. Somit reproduzierte der keynesianische Wohlfahrtsstaat die häusliche Arbeitsteilung der Geschlechter am Arbeitsmarkt (Hagen/Jenson 1988).

Das neue technisch-ökonomische Paradigma, das auf flexibler Produktion, steigender Produktivität und Prozeßinnovationen beruht, beinhaltet paradoxerweise auch die Chance für Frauen, an der wachsenden Nachfrage nach differenzierten Gütern und Dienstleistungen teilzunehmen, die durch die steigenden Einkommen polyvalent qualifizierter Arbeiter und den Dienstleistungssektor begünstigt werden. Gerade durch die »Aushöhlung« des Nationalstaates und die zunehmende Stärkung des lokalen Staates entwickeln sich lokale Ressourcen (regionale Arbeitsmarktpolitiken, Schul- und Berufsbildung, Technologietransfer, lokales Spekulationskapital, Innovationzentren, Wissenschaftsparks und ähnliches, vgl. Jessop 1992, 256), die Frauen die Möglichkeit geben, an der gesellschaftlichen und geschlechtlichen Umstrukturierung von Staat und Ökonomie als Akteurinnen mitzuwirken.

Damit stellt sich die Frage, mit welchen Handlungsperspektiven und -strategien die Frauenbewegung auf die zunehmenden Veränderungen der globalen Ökonomie und der Steuer- und Finanzkrise des Sozialstaats reagiert. Das Hauptziel der westdeutschen Frauenbewegung in den achtziger Jahren war die Institutionalisierung der bisher unabhängigen Projektarbeit. Die Institutionalisierung der Projekte hatte nicht nur das Ziel, die Finanzierung z.B. der Frauenhäuser und Frauenzentren zu garantieren, sondern diese als einen festen Bestandteil des Sozialstaats zu verankern (Kontos 1992).

Aber gerade diese neuen, staatsbezogenen Strategien der Frauen zeigten die Grenzen der neuen Frauenpolitik. Durch die Strategie der »Institutionalisierung der autonomen feministischen Politik« (Lang 1993, 5) hat sich die Frauenbewegung in die Abhängigkeit der staatlichen Institutionen begeben, die sie hatte beeinflussen wollen. Zum Beispiel bezuschußt das Land Berlin gegenwärtig über 250 Frauenprojekte, wovon in den letzten drei Jahren circa 80 Projekte mit 1300 Mitarbeiterinnen allein in Ostberlin gegründet worden sind. Der Staat bezahlt Gehälter, Mieten, Projektkosten und mit Bundessubventionen auch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Umschulungsprogramme. Sabine Lang, Referentin der Berliner Senatorin für Arbeit und Frauen, Christine Bergmann, weist darauf hin, daß Berlin kein

Einzelfall ist. Die Abhängigkeit der Frauenprojekte vom Staat findet sich in allen neuen Bundesländern. Ein Großteil der Finanzierung notwendiger Fraueninfrastruktur kam vom Bonner Ministerium für Frauen und Jugend und wurde an konservative Organisationen wie den Bundesfrauenrat vergeben (Lang 1993, 5). Dadurch werden zwar erhebliche Mittel zur Unterstützung von Projekten freigegeben, aber um den Preis einer Schwächung der Fraueninitiative gegen die existierenden Macht- und Herrschaftsstrukturen (Kontos 1992, 18).

Diese Kritik der Abhängigkeit der Projekte soll nicht heißen, daß Frauenprojekte nicht staatlich abgesichert werden sollen. Die Frauenbewegung muß sich aber auch über die Grenzen dieser Politik im Klaren sein. Ich will hier vier Punkte nennen: Erstens verlieren die durch den Staat finanzierten Projekte ihre Unabhängigkeit. Die staatlichen Auswahlkriterien der Förderung beeinflussen, welche Projekte finanziert werden und begrenzen somit die Autonomie der Frauenbewegung. Zweitens scheinen Frauen diese Abhängigkeit kaum zu reflektieren, präsentieren sie sich doch weiterhin als autonome Frauenbewegung, obgleich der Status der Autonomie schon seit Mitte der achtziger Jahre kaum noch behauptet werden kann (Lang 1993). Drittens hat die Institutionalisierung der Frauenpolitik besonders seit der Vereinigung, seit knappe Ressourcen und zunehmende Verteilungskämpfe den Sozialbereich kennzeichnen, zur Depolitisierung der Frauenbewegung geführt. Sabine Lang beobachtet eine zunehmende Konkurrenz zwischen Projektgruppen, die sich im Wettbewerb um die reduzierten staatlichen Mittel auf Kosten anderer Projekte profilieren müssen. Diese Individualisierungstendenzen der einzelnen Projekte haben der Frauenbewegung die kollektive Öffentlichkeit geraubt und die interne Segmentierung der Bewegung vertieft.

Letztlich ist die Strategie der »Institutionalisierung der autonomen feministischen Politik« nicht vereinbar mit der Reorientierung des keynesianischen Wohlfahrtsstaats. Der Abbau von Sozialleistungen und die Unterordnung der Sozialpolitik unter marktwirtschaftliche Kriterien bedeutet, daß die in Zukunft über den Staat beantragten Frauenprojekte und Sozialleistungen der Logik des Markts unterworfen und dadurch den staatlich verordneten Sparmaßnahmen zum Opfer fallen werden. Es ist ein Paradox der deutschen autonomen Frauenbewegung, daß sich in dem Moment, in dem sie sich dem Staat zuwandte, der Staat sich in seiner Form und Funktion grundsätzlich neu orientierte. Auch in dem historischen Moment, in dem die mehr staatsbezogenen Strategien der Ostbewegung einen neuen Impetus für die Westbewegung hätten darstellen können, entsprechen diese Strategien nicht mehr den Strukturen eines auf Marktkräfte umorientierten schumpeterianischen Leistungsstaats. Die Entwicklung neuer Strategien

der politischen »Einmischung« ist nun eine Herausforderung für die gesamtdeutsche feministische Forschung und der frauenbewegten und -bewußten Frauen in Ost und West.

4. Schlußbemerkungen

Es ist m.E. theoretisch von Vorteil, die negativen Auswirkungen der deutschen Vereinigung auf Frauen im Kontext der oben angeführten Asynchronitäten der deutsch-deutschen Frauenbewegungen zu erfassen. Erstens wird durch eine solche Untersuchung die statische Annahme der Frau als Opfer relativiert. Auch wenn Frauen vorwiegend die Verliererinnen der Vereinigung sind, sollte dies nicht dazu führen, sie nur als Objekte wahrzunehmen. Frauen haben die Vereinigung in Strukturen, die sie nicht bestimmt haben, aktiv mitgestaltet. Zweitens sollte die Diskriminierung von Frauen in Relation zu gesellschaftlichen Strukturen und feministischen Handlungsstrategien begriffen werden. Feministinnen ist es bisher nicht gelungen, eine Gesellschaftsanalyse anzubieten, die den Vereinigungsprozeß und seine Folgen für Frauen in einem angemessenen gesellschaftlichen und historischen Kontext erklären könnte. Weder ein simpler Rekurs auf handlungsstrategische noch auf strukturtheoretische Ansätze verspricht, den komplexen Prozeß des »disempowerment« von Frauen während der Vereinigung theoretisch zu erfassen.

Literatur:

- Argument-Verlag Extra (1990): *UFV: Ohne Frauen ist kein Staat zu machen*.
- Bebel, August (1990): *Die Frau und der Sozialismus*, Berlin: Dietz Verlag.
- Beer, Ursula/Chalupsky, Jutta (1993): Vom Realsozialismus zum Privatkapitalismus. Formierungstendenzen im Geschlechterverhältnis, in Aulenbacher, B./Goldmann, M. (Hgs.), *Transformationen im Geschlechterverhältnis*, Frankfurt: Campus.
- Becker-Schmidt, Regina (1992): Gesellschaft, Geschlechterverhältnisse und Staat, in Biester, Elke u.a., *Staat aus feministischer Sicht*, Arbeitskreis Politik u. Geschlecht der DVPW.
- Berghahn, Sabine (1993): Frauen, Recht und langer Atem. Bilanz nach über 40 Jahren Gleichstellungsgebot in Deutschland, in Helwig, Gisela/ Nickel, Hildegard Maria (Hg.), *Frauen in Deutschland 1945-1992* Bd. 318, Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn.
- Böhm, Tatjana (1992): Wo stehen wir Frauen nach 40 Jahre getrennter Geschichte in Deutschland West und Ost? *Feministische Studien*, November 1992.
- Demirovic, Alex/ Krebs, Hans-Peter/ Sablowski, Thomas (Hg.) 1992, *Hegemonie und Staat*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Dölling, Irene (1990): Über den Patriarchalismus staatssozialistischer Gesellschaften und die Geschlechtsfrage im gesellschaftlichen Umbruch, in Deutsche Gesellschaft für Soziologie, *Die Modernisierung moderner Gesellschaften*, Frankfurt: Campus.
- Dölling, Irene (1993): Identitäten von Ost-Frauen im Transformationsprozeß - Probleme ost-deutscher Frauenforschung, Ms. für die Konferenz im Goethe Haus, New York, *Women and German Unification*, April 1993.

- Einhorn, Barbara (1991): Where Have All the Women Gone? Women and the Women's Movement in East Central Europe, *Feminist Review*, Special Issue No. 39.
- Ferree, Myra Marx (1993): The Rise and Fall of 'Mommy Politics': Feminism and Unification in (East) Germany, *Feminist Studies* 19.
- Ferree, Myra Marx/Young, Brigitte (1993): Three Steps Back for Women: German Unification, Gender and University 'Reform', *PS: Political Science and Politics*, Juni 1993.
- Frevert, Ute (1986): *Frauen-Geschichte*, Frankfurt: Suhrkamp.
- Gerhard, Ute (1991/1992): German Women and the Social Costs of Unification, *German Politics and Society*, Issue 24/25.
- Hagen, Elisabeth/Jenson, Jane (1988): Paradoxes and Promises, Work and Politics in the Postwar Years, in *Feminization of the Labor Force*, Jenson, Jane/Hagen, Elisabeth/Reddy, Ceallagh, New York: Oxford University Press.
- Haug, Frigga (1990): Über die Frauenfrage als Systemfrage, *Das Argument*, 180.
- Helwerth, Ulrike (1992): Abschied vom feministischen Paradis, *WeibBlick*, No. 2.
- Holst, Elke/Schupp, Jürgen (1991): Frauenerwerbstätigkeit in den neuen und alten Bundesländern - Befunde des sozio-ökonomischen Panels, Diskussionspaper Nr. 37, Berlin: DIW.
- Jenson, Jane (1986): Gender and Reproduction: Or, Babies and the State, *Studies in Political Economy*, Summer 1986.
- Jessop, Bob (1992): Regulation und Politik, *Integrale Ökonomie und integraler Staat*, in Alex Demirovic u.a. (Hg.) 1992.
- Jessop, Bob u.a. (1991): *The Politics of Flexibility*, England: Edward Elgar.
- Kahlau, Cordula (Hg.) (1990): *Aufbruch! Frauenbewegung in der DDR*, München.
- Kontos, Silvia (1993): Jenseits patriarchaler Alternativen. Grenzen der Gleichstellungspolitik, in Biester, Elke u.a. (Hg.), *Gleichstellungspolitik - Totem und Tabu*, Frankfurt.
- Kulawik, Teresa (1991/1992): Autonomous Mothers? West German Feminism Reconsidered, *German Politics and Society*, Issue 24 and 25.
- Lang, Sabine (1993): Feminism in (East) Germany, Vortrag an der 9. Berkshire Conference on the History of Women, Juni 1993.
- Lewis, Alison (1993): The 'Frauenfrage' as the 'Gretchenfrage' of a Unified Germany: Non-Synchronicity and other Problems between East and West German Women's Movements, in Hüppauf, Bernd/Bubser, Reinhold/Wildner, Siegrun, *United Germany and Europe - Towards 1990 and Beyond*, European Studies Journal, Special Issue, Volume X, No. 1-2.
- Merkel, Ina (1990): Ohne Frauen ist kein Staat zu machen, *Das Argument*, 180.
- Nickel, Hildegard Maria (1992): Modernisierungsbrüche im Einigungsprozeß - (k)ein einziges Volk von Schwestern, in Kulke, Christine/Kopp-Degethoff, Heidi/Ramming, Ulrike (Hg.) *Wider das Schlichte Vergessen*, Berlin: Orlanda Frauenverlag.
- Ruddick, Susan (1992): Das Gesellschaftliche konstruieren - Armut, Geschlechterverhältnisse und Familie im Goldenen Zeitalter, in Demirovic, Alex/Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas (Hg.), *Hegemonie und Staat*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Schäfer, Eva (1990): Wer sich nicht wehrt, kommt an den Herd! *Das Argument*, 180.
- Schäfer, Eva (1990): Die frühliche Revolution der Frauen, in Schwarz, Gislinde/Zenner, Christine (Hg.), *Wir brauchen mehr als ein 'Vaterland'*, Hamburg: Rowohlt.
- Schenk, Christina/Schindler, Christiane (1993): Frauenbewegung in Ostdeutschland - eine kleine Einführung, *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis*, 35.
- Schneider, Ulrich (1993): *Solidarität gegen die Schwachen. Der Rückzug des Staates aus der Sozialpolitik*. München: Droemer.
- Schwarz Gislinde/Zenner, Christine (Hg.) (1990): *Wir brauchen mehr als ein 'Vaterland'*, Hamburg: Rowohlt.
- Scott, Joan W. (1990): Deconstructing Equality-Versus-Difference: Or, the Uses of Post-structuralist Theory for Feminism, in Hirsch, Marianne/Fox Keller, Evelyn, *Conflicts in Feminism*, New York: Routledge.
- Young, Brigitte (1993): Deutsche Vereinigung. Der Abwicklungsskandal an ostdeutschen Universitäten und seine Folgen für Frauen, *Feministische Studien*, Heft 1.